



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

Kleine Anfrage gem. § 24 BezVG	Drucksachen-Nr.: 20-3386
AfD-Fraktion / Bischoff, Ulf / Bodó, Ludwig / Feineis, Harald	Datum: 07.12.2017

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum

Anfrage AfD betr. Interkulturelle Projekte für "fremdenfeindliche" Senioren II

Sachverhalt:

Aus der Beantwortung der Anfrage zur Drucksache 20-3373 ergeben sich weitere Fragen. So gibt die Verwaltung an, die Notwendigkeit so genannter Interkultureller Projekte für mutmaßlich fremdenfeindliche Senioren aus den Ergebnissen zweier Studien ermittelt zu haben.

Zum einen beruft sich die Verwaltung auf Ergebnisse einer Studie, die eingebunden in das Projekt "Demokratie leben! Lokale Partnerschaften Harburg" vom Bezirksamt in Auftrag gegeben worden war. Unter der Leitung von Prof. Dr. Marianne Pieper hatte ein Team von zehn Studierenden Harburger in den Arcaden, in der Lüneburger Straße, in der Bücherhalle und beim Binnenhafen befragt. Sie sollten feststellen, wie die aktuelle Situation bezüglich gleichberechtigter Teilhabe eingeschätzt wird, was getan werden müsse, um achtungsvollen Umgang auf allen Ebenen umzusetzen, und wie möglicherweise entsprechendes Engagement gefördert werden könne.

Zum anderen beruft sich die Verwaltung auf die von Forschern der Universität Leipzig durchgeführte Mitte-Studie "Die enthemmte Mitte". Diese, alle zwei Jahre angefertigte Studie ist unter Soziologen umstritten. So kritisiert beispielsweise Extremismusforscher Klaus Schroeder von der Freien Universität Berlin¹ die methodischen Grundlagen dieser Studie. Die Untersuchung insgesamt sei von Interessen geleitet und völlig überzeichnet. Nicht nur die Fragen, auch ihr Fragebogen bereitet den Forschern schon seit Jahren Schwierigkeiten.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Enthält die Mitte-Studie Suggestivfragen?
2. Zu konstatieren ist der Studie zufolge das Anwachsen einer „unzufriedenen Mitte“. Der Titel der Studie lautet hingegen „Die enthemmte Mitte“. Räumt die Verwaltung ein, dass „enthemmt“ im Titel einen tendenziösen Impetus der Studie erkennen lässt?
3. Die „Mitte“-Studien der Universität Leipzig werden finanziert von und verlaufen in Kooperation mit der Otto Brenner Stiftung (IG Metall), der Rosa-Luxemburg-Stiftung (DIE LINKE) sowie der

Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis90/Die Grünen). Räumt die Verwaltung ein, dass diese Studie interessengeleitet sein könnte und damit möglicherweise nicht „vollumfänglich aussagekräftig“ ist?

4. Etwa fünf Prozent der Befragten besagter „Mitte“-Studie werden als rechtsextrem eingestuft, 7,6 Prozent im Osten, 4,8 Prozent im Westen. Das ist der geringste Wert, der bei dieser Studie jemals ermittelt wurde. Wie leitet die Verwaltung hieraus ein Maß an Fremdenfeindlichkeit unter Harburger Senioren ab, das eine Notwendigkeit für „interkulturelle Projekte“ begründet?

5. Welche konkreten Gründe für „Fremdenfeindlichkeit“ unter Harburger Senioren erkennt die Verwaltung aus der Studie?

6. Wiederholt, weil nicht beantwortet (Drs. 20-3373.01), fragen wir, was die Verwaltung unter „einer hohen Ablehnung der migrantischen Bevölkerung bis hin zur Fremdenfeindlichkeit“ versteht?

7. Die Verwaltung gibt bekannt, dass sich die Kosten für die nicht repräsentative Studie „Zusammenleben in Harburg“ unter der Leitung von Prof. Dr. Marianne Pieper auf 20.000 Euro belaufen. Auf der „Demokratiekonferenz Harburg 2017“ im Oktober hieß es, dass die Arbeiten der Wissenschaftler bis ins Jahr 2018 weitergeführt werden sollen. Welche weiteren Kosten entstehen hierfür und aus welchem „Topf“ sollen die Mittel dafür bereitgestellt werden?

8. Wie die Verwaltung in ihrer Antwort zu unserer Anfrage (Drs. 20-3373.01) mitteilt, wurden die Kosten der Studie in Höhe von 20.000 Euro aus dem „Aktions- und Initiativfonds der Lokalen Partnerschaften Harburg“ und aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben! – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ finanziert. Eine zusammenfassende Auflistung diverser Maßnahmen ist der Antwort zu unserer Anfrage 20-3271.01 als Anlage beigefügt. Hierin erscheint ein Posten in Höhe von 3.500 Euro, den Prof. Pieper für die "Erhebung von Diskriminierungsverfahren" aus dem Fonds erhalten habe. Worunter wurde die restliche Summe von 16.500 Euro verbucht?

9. Während der „Demokratiekonferenz Harburg 2017“ wurde angeregt, die Untersuchungen auszuweiten und beim Bund Geld zu beantragen, um die Umfragen, die sich bislang auf den Stadtteil Harburg beschränken auf die Lokalen Partnerschaften Süderelbe auszuweiten. Wie weit sind diese Überlegungen gediehen?

9.1. Welche Kosten sind hierfür veranschlagt und aus welchem Budget werden sie finanziert?

¹http://www.deutschlandfunk.de/studie-die-enthemmte-mitte-politologe-haelt-mitte-studie.694.de.html?dram%3Aarticle_id=357314